55. Jahrgang. № 327. Sonntag, 27. November 1910.

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr: [illegible] für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung [illegible] monatlich 2.50 M., [illegible] 3.50 M. bei einmaliger Zutragung durch die Post [illegible] Bei Bezug von Dresden u. Umgebung am Tage vorher [illegible] erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe [illegible] Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif: Annahme von Anzeigen bis [illegible] Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäfts-Anzeigen aus der Provinz Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile 4, Textzeile 40 Pf. — An Nummern nach Sonn- u. Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Für Feinschmecker **Dreiring-** LOBECK & Co
Fondant-Chocolade, Rahm-Chocolade, Bitter-Chocolade per Tafel 50 ₰
Cacao per ½ Kg. Dose 2.40 M.
Dessert per Carton 2.3 u. 5 M.

Schläuche, Klappen, Platten, Ringe, Schnüre, Walzen, Puffer, Riemen aus Gummi, Guttapercha, Asbest fertigt in garantiert haltbaren Qualitäten E. Böhme Dresden Ferdinandstr. 13.

Für Weihnachten! Elektrische Kochgeschirre. Ebeling & Croener Bankstrasse 11.

Galerie E. Arnold Schloss-Strasse 34. Walter Firle.

**Tuchwaren.** Lager hochfeiner deutscher und englischer Anzug-, Hosen-, Paletot- und Westenstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten, Damentuche, Billardtuche, Bunte Tuche. Verkaufsstelle der vorschriftsmässigen Uniformstoffe für Kgl. Sächs. Staatsforstbeamte. Hermann Pörschel Scheffelstrasse 19/21 (Kleines Rauchhaus).

## Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Ziemlich kalt, leichte Schneefälle.

Im Reichstage erklärte Staatssekretär Dr. Delbrück, daß der Entwurf über die Privatbeamtenversicherung ausgearbeitet sei und dem Staatsministerium vorliege.

Der Reichskanzler gab gestern abend den Professoren der Berliner Universität ein Diner.

Das zwischen Konservativen und Freisinnigen bestehende Wahlabkommen in der Provinz Posen wurde erneuert; der Wahlkreis Kolmar-Czarnikau-Filehne wurde in das Kompromiß einbezogen.

Eine Protestversammlung gegen die Reichswertzuwachssteuer wurde von etwa 10 000 Haus- und Grundbesitzern im Zirkus Schumann in Berlin abgehalten.

Der bayrische Minister des Innern empfing eine Abordnung pfälzischer Winzer und sagte die Gewährung von Vor- und Zuschüssen für den geschädigten Weinbau zu.

Die Allensteiner Staatsanwaltschaft hat Vorbereitungen getroffen zur Wiederaufnahme des Prozesses gegen Frau v. Schoenebeck-Weber.

In Lissabon sind für den 3. Dezember Straßendemonstrationen gegen den Autokratismus der derzeitigen Regierung angesagt worden.

Bei der Meuterei in der brasilianischen Flotte wurden 2 Kapitäne und 34 Offiziere von den Meuterern erschossen.

## England und Moabit.

Es ist nie gut, mit Steinen zu werfen, wenn man selber im Glashause sitzt. Als sich seinerzeit die etwas unvorsichtigen englischen und amerikanischen Journalisten in die revoltierende Volksmenge in Moabit mischten, bekamen sie auch einige Säbelhiebe ab, und das Geschrei, das sich um die paar flachen Durchzieher erhob, war riesengroß. Besonders die englische Presse warf sich in die Brust, und wieder einmal konnte man in den britischen Zeitungen lesen von der unglaublichen Polizeiherrschaft in Preußen-Deutschland, so daß der biedere englische Bürger, der Deutschland nicht persönlich kennen gelernt hatte, glauben mußte, in Deutschland sei der friedliche Bürgersmann keinen Augenblick sicher, von Polizeisäbeln vergewaltigt zu werden. Zugleich aber forderte man Genugtuung für die den Journalisten zugefügte Unbill, und es ist nur gut, daß die Regierung sowohl, wie der Berliner Polizeipräsident nicht die Ruhe verloren, sondern den Fall als das behandelten, was er in der Tat war, nämlich als Bagatelle. Während nun die englische Presse, abgesehen von einigen rühmenswerten Ausnahmen, in der liebevollen Detailmalerei deutscher Zustände fortfuhr, schilderte sie anderseits mit unverhohlener Schadenfreude die sozialistische Unterwühlung des Deutschen Reiches, so daß den britischen Leser eine angenehme Gänsehaut überlaufen mußte in dem beruhigenden Bewußtsein: Wir Briten sind doch bessere Menschen.

Man hätte mit der Schadenfreude etwas vorsichtiger sein müssen. Noch brachten die englischen Blätter ausführliche Berichte über Moabit, da kam aus den Bergwerksdistrikten von Wales die Kunde, daß dort die Bergleute zu streiken begännen und es dabei zu Ausschreitungen gekommen sei. Und siehe da, was man eben noch in Deutschland als unerträgliche Polizeiwillkür bezeichnet hatte, das war in England selbstverständliche Pflicht der Regierung. Man begnügte sich nicht etwa mit der Entsendung starker Polizeimannschaften, sondern man beorderte Militär bataillonsweise in das Streikgebiet, und als die Streikenden Miene machten, Gewalt anzuwenden, da wartete die englische Polizei nicht wie die deutsche in Moabit den Steinhagel der revoltierenden Masse ab, sondern hieb nach Herzenslust auf die Streikenden ein, daß denen Hören und Sehen verging. Die Zahl der Verletzten betrug Hunderte, und als vor einigen Tagen die Bergarbeiter neue Demonstrationen versuchten, da floß wieder reichlich Blut, mehr als hundert Verwundete bedeckten den Kampfplatz. Das war ganze Arbeit, und jeder Engländer billigt das Vorgehen der Polizei. In England ist man eben der vernünftigen Ansicht, daß alle gewalttätigen Bewegungen im Keime zu ersticken sind. Jeder Brite weiß, daß man mit der Methode des Polizeimajors Klein, der seinen Mannschaften in Moabit anbefohlen hatte, es zunächst „mit Güte" zu versuchen, keine Aufstände niederschlagen kann. Nichtsdestoweniger ist man im britischen Inselreich sittlich entrüstet über die deutsche „Polizeiwillkür. „Unbefangenheit" ist einer der Hauptvorzüge des britischen Charakters.

Freilich, man kann den englischen Blättern ihre tendenziöse Stellungnahme Deutschland gegenüber gar nicht so verargen, sie plappern nur nach, was ihre deutschen Kolleginnen sozialdemokratischer und demokratischer Färbung tagtäglich erzählen. Die nationale Würdelosigkeit dieser Presse, die in der ganzen Welt ihresgleichen sucht, schwelgt ja förmlich in der Beschmutzung des eigenen Nestes und in der Verherrlichung des Auslandes. Es wird heute so viel geklagt über die Widerstandslosigkeit der Deutschen im Auslande fremden Einflüssen gegenüber, Klagen, die durchaus berechtigt sind. Aber was bindet den jungen Mann, dem in der Heimat dauernd die miserablen Zustände seines Vaterlandes und die idealen des Auslandes in den lebhaftesten Farben geschildert werden, noch an sein Volkstum! Er muß es ja als Ehre betrachten, möglichst bald „Engländer" oder „Amerikaner" zu werden und nicht mehr als Sohn des rückständigen deutschen Volkes zu gelten. Es ist eine alte Erfahrung, daß diese Leute dann die bittersten Deutschenfeinde werden. Das ist zum großen Teil das „Verdienst" dieser Presse. Was ist nicht in diesen Tagen alles über die deutsche Polizeiherrschaft in deutschen Zeitungen gefaselt worden! Die verletzten ausländischen Journalisten hat man als Schwurzeugen angerufen, man müsse sich schämen als Deutscher vor dem Auslande, das soviel „freiheitlicher" sei als unser Vaterland. Ob diese um das deutsche Ansehen im Auslande so besorgten Seelen wohl die Berichte über das Vorgehen der englischen Polizei in Wales gelesen haben? Und wenn sie das getan haben, wozu sie ja als Journalisten gezwungen sind, ob sie daraus wohl die Schlußfolgerungen gezogen haben? Scheinbar nicht, denn sonst müßten sie wissen, daß man in Frankreich sozialistischen Putschversuchen gegenüber ganz andere Machtmittel anwendet als im „Polizeistaat" Deutschland. In Frankreich hat man die Rädelsführer der Streikbewegung sofort abgeurteilt, und innerhalb weniger Tage war der sozialistische Spuk verflogen. In Deutschland wartet man mehrere Wochen, bis das Anklagematerial zusammengestellt ist, wartet, bis der Eindruck jener Ereignisse so ziemlich verwischt ist und die Angeklagten einen Riesenapparat zu ihrer Verteidigung aufgebracht haben. Dafür ist Frankreich auch die „freie" Republik, und wir haben nur eine Monarchie. In England schickt man Maschinengewehre und Infanterie gegen die Streikenden vor, erstickt jeden Versuch eines Putsches sofort mit blanker Waffe, und die englische Presse erklärt diese Maßnahmen für selbstverständlich und verliert kein Wort weiter darüber. In Moabit erhalten die Schutzleute strenge Weisung, nicht vorzugehen, müssen über sich geduldig einen Hagel von Steinen und allen möglichen Wurfgeschossen ergehen lassen und dürfen erst einhauen, als schon ein Dutzend ihrer Kameraden verwundet worden ist. Daß sie dann rücksichtslos dreingehauen haben, wird man ihnen wahrlich nicht verübeln können, denn einmal sind Schutzleute auch nur Menschen, und zweitens können sie nicht wissen, wer von der tobenden Menge geworfen hat und wer nicht. Wer sich in Gefahr begibt, kommt darin um: dieser alte Spruch gilt noch immer. Als bei den Wahlrechtsdemonstrationen Herr von Jagow Neugierige warnte, hat man ihn ausgelacht und gewisse Witzblätter bestritten von diesem sehr verständigen Ausspruch die Unkosten verschiedener Nummern. Nun haben auch verschiedene „Neugierige" einige Hiebe abbekommen, und jetzt ist das Geschrei groß. Am widerwärtigsten aber bleibt dabei die unwahre Behauptung, daß im Ausland die Polizei weniger „willkürlich" vorzugehen pflege.

Noch eine andere Frucht haben die Moabiter Ereignisse gezeitigt, und sie ist wert, dem deutschen Volke mitgeteilt zu werden. Im Parlament der englischen Kolonie Australien, wo die Deutschenhetze sich stets am unverfälschtesten entfaltet hat, hat nämlich der Queensländer Abgeordnete Higgs an den Landesverteidigungsminister die Frage gerichtet, ob der Zwischenfall mit den englischen und amerikanischen Journalisten in Moabit zu einem Kriege mit Deutschland führen werde. Der Minister des Innern, ein geborener Amerikaner, antwortete für den befragten Minister, er habe sich in dieser Frage noch nicht amtlich an die englische und amerikanische Regierung wenden können. Deutschland werde aber voraussichtlich Amerika um Entschuldigung bitten und den Angehörigen der Journalisten eine hohe Entschädigung zahlen — das lehre die Erfahrung. Damit hat sich der Queensländer Herr scheinbar zufrieden gegeben. Auch wir könnten über diese an und für sich sehr humoristische Episode zur Tagesordnung übergehen, wenn die Geschichte nicht einen sehr ernsten Hintergrund hätte. Der australische Minister hat sich bei der Beantwortung dieser Frage nämlich auf eine Reuter-Meldung gestützt, nach der einer der Journalisten von den Moabiter Schutzleuten totgeschlagen worden sei. Diese Falschmeldung ist nur ein Glied in der Kette jener Sensationsmeldungen des Reuter-Bureaus, die den Zweck haben, Stimmung gegen Deutschland zu machen. Welche Folgen diese telegraphische Deutschenhetze haben kann, haben wir im südwestafrikanischen Aufstande gesehen. Damals hatte v. Estorff, vielleicht der befähigste unserer Offiziere in Südwest, eine umfassende Bewegung gegen die in den Oranjebergen sitzenden Hottentotten begonnen, und im Hottentottenlager herrschte größte Mutlosigkeit, so daß man zur Unterwerfung bereit war. Da traf in Upington die Reuter-Meldung ein, der Reichstag habe die Mittel zur Fortführung des Feldzuges verweigert. In Wirklichkeit handelte es sich aber nur um die Ablehnung der Forderung für den Bau der Keetmanshooper Bahn. Die Folge war, die Hottentotten faßten neuen Mut, und der „Orlog" ging weiter, dank der Reuter-Meldung. Diese Begebenheit zeigt, was Falschmeldungen verursachen können. Australien mag sich beruhigen, es kommt zu keinem Kriege wegen der Säbelhiebe in Moabit. Aber lehrreich bleibt es auf jeden Fall, wie konsequent das Reuter-Bureau in Deutschenhetze „macht".

## Neueste Drahtmeldungen

vom 26. November.

### Deutscher Reichstag.

(Fortsetzung aus dem Abendblatte.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Haus und die Tribünen sind voll besetzt. Nachdem Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg die sozialdemokratische Interpellation über die Königsberger Kaiserrede beantwortet hat, gibt Abgeordneter Frhr. v. Hertling (Zentr.) folgende Erklärung ab: Für diese Interpellation fehlt jede Berechtigung. (Sehr richtig! im Zentrum und rechts.) Nur bindende Erklärungen können gebrochen werden; solche lagen aber nicht vor, nur fromme Wünsche. Wenn der Kaiser gesagt hat, er fühle sich als Instrument des Himmels, so will er damit nur der frommen Auffassung Ausdruck geben, daß unser Staatsleben auf der christlichen Gesinnung beruhen muß. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) War etwa das der Stein des Anstoßes, daß der Kaiser sich zum Christentum bekannte? Heute kann sich jeder unreife, kenntnislose Bursche frech zum Atheismus bekennen, und da soll der Kaiser sich nicht zum Christentum bekennen dürfen? (Lauter Beifall im Zentrum und rechts.) Auf dem Sittengesetz des Christentums beruht unser Staatsleben. (Zuruf links.) Wir müssen alle zusammenstehen und dürfen an den Grundlagen unseres religiösen Lebens nicht rütteln lassen. (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum.) — Abg. v. Heydebrand (kons.): Wir empfinden es geradezu als eine Herausforderung unseres monarchischen und christlichen Empfindens, daß hier der Reichskanzler gefragt werden kann, ob der Kaiser noch ein Mann selbständiger, eigener Ueberzeugung bleiben darf. Versprechungen sind weder verlangt, noch abgegeben worden. Aber jetzt will eine Partei ohne Vaterland und ohne Religion uns vorschreiben, was wir zu denken haben. Der Kaiser wird in den Staub gezogen, wie sich das kein Privatmann gefallen lassen würde. Ich möchte im Namen meiner Parteifreunde auch an den Reichskanzler eine Frage richten: ob er es für in der Ordnung hält und ob er es für richtig hält, daß das Volk in seinen monarchischen Begriffen ganz verwirrt werden muß, wenn in dieser Weise die Autorität fortwährend in den Staub gezogen wird. (Beifall rechts.) Aber die Sozialdemokratie geht ja noch weiter. Bebel sagte auf dem Magdeburger Parteitage in bezug auf die Königsberger Rede des Kaisers, wenn von Vernunft dabei überhaupt noch die Rede sein kann . . . (Hört, hört!) Er sagte weiter, wenn ein Kriegsgewitter heraufkommt, dann sollt Ihr sehen, was wir zu tun und wo wir zu stehen haben — sicherlich ganz wo anders, und Abg. Noske sagte, wir werden nichts unversucht lassen, dafür Sorge zu tragen, daß dem Vertreter des Gottesgnadentums die Luft drückend wird im deutschen Vaterlande und wenn sie den Staub von den Pantoffeln schütteln würden, dann würde ihnen sicher die große Masse des deutschen Volkes keine Träne nachweinen. Dem Bekenntnis des Gottesgnadentums und Absolutismus setzen wir entgegen die Forderung, wie das heute auch Herr Ledebour mit erfreulicher Entschiedenheit getan hat, die Forderung der Republik. — Abg. Frank erklärte, daß wir die Fürsten nicht an der Spitze brauchten. „Wir haben bei allen Gelegenheiten den sozialistischen Standpunkt, den revolutionären Standpunkt (Beifall bei den Sozialdemo-